

Die Bundesrepublik: ein föderaler Bundesstaat

Fiche 1

■ Ein kurzer Abriss über den Föderalismus in Deutschland

Das Prinzip des Föderalismus hat in Deutschland eine lange Tradition, denn Deutschland war ein absoluter Spätzügler unter den Nationen. Die großen Nationen Frankreich, Spanien, Portugal und Großbritannien konnten bereits im 18. Jahrhundert auf eine lange Tradition als Königreiche mit einem klar definierten Hoheitsgebiet zurückschauen. Im Norden existierten schon die Königreiche Dänemark, Norwegen und Schweden in Grenzen, die man auch aus heutiger Sicht wiedererkennt. Dagegen bestand Mitteleuropa und insbesondere das Gebiet des heutigen Deutschlands aus einem Flickenteppich aus mehr oder minder bedeutsamen Kleinstaaten, Fürstentümern, Königshäusern, Städten und Stadtstaaten, die entweder nebeneinander existierten oder in mehr oder minder festen Bündnissen miteinander kooperierten. Zumeist erstritten sie ihre individuellen Rechte vor dem Kaiser, verwendeten ihre eigenen Währungen und erhoben ihre eigenen Zölle. So war das Heilige Römische Reich ein Zwitterwesen zwischen Staatenbund und Bundesstaat, der 1806 aufhörte zu existieren. Im Jahre 1815 schlug die Geburtsstunde eines Staatenbundes souveräner Staaten auf deutschem Boden, der sich nach dem Krieg zwischen Preußen und Österreich, dem sogenannten Deutsch-Deutschen Krieg auf den Norddeutschen Bund verkleinerte, in dem Preußen klar das Sagen hatte. Nach Aussagen von Geschichtswissenschaftlern ist der Norddeutsche Bund in seiner Struktur eher ein Bundesstaat gewesen, auch wenn Bismarck versuchte, diese Tatsache zu verschleiern, da er hoffte, die süddeutschen Staaten eines Tages zum Beitritt bewegen zu können. Dies war schon 1871 nach dem gewonnenen Krieg gegen Frankreich der Fall. In der Weimarer Republik wurden die einzelnen Länder noch deutlicher zu Bundesländern, die finanziell vom Bund abhängig waren, der überdies für den allgemeingültigen Rahmen der Gesetzgebung sorgte. Mit dem Prinzip des Föderalismus wurde auf deutschem Boden bislang nur einmal gebrochen – mit weitreichenden Folgen, denn nur so gelang es den Nazis alle Macht in ihren Händen zu kontrollieren. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entstand zunächst die föderale Bundesrepublik aus der Asche, die auf der föderalen Tradition Deutschlands aufbauen sollte. Ausgehend von den Ländern in den drei westlichen Besatzungszonen entstand so 1949 die Bundesrepublik Deutschland, deren föderaler Struktur es gerade den ostdeutschen Ländern 1990 nach dem Zusammenbruch der DDR ermöglichte, dem Staatsgebiet der Bundesrepublik problemlos beizutreten.

■ Was genau ist ein föderaler Bundesstaat?

Im Gegensatz zu einem Staatenbund verfügt ein Bundesstaat über eine gemeinsame Regierung. Darüber hinaus besitzt ein Bundesstaat in der Regel eine gemeinsame Verfassung und bildet neben der politischen Einheit auch eine Rechts- und Wirtschaftseinheit. Die Menschen zahlen überall im Land in der gleichen Währung, verwenden dieselben Maße und Gewichtseinheiten und sind den gleichen fundamentalen Gesetzen unterworfen. Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, das Grundgesetz, verlangt sogar ausdrücklich im Artikel 107 Absatz 2, dass überall in der Republik gleichwertige Lebensverhältnisse für den Bürger herrschen müssen. Dies ist spätestens seit der Wiedervereinigung eine enorme Herausforderung für den Gesetzgeber, denn die Wirtschaftskraft der neuen Bundesländer war erheblich schwächer als die der Bundesländer der alten BRD. Aber genau aus diesem Grund ist der Gesetzgeber dazu verpflichtet, Mechanismen zu schaffen, die die Unterschiede auf ein Minimum verringern. Im Gegensatz zu den USA, in denen die Kompetenzen zwischen den Mitgliedsstaaten und dem Bund klar abgegrenzt sind, spielt in Deutschland auch die Komponente Subsidiarität und Solidarität mit, die Finanztransfers in Millionen oder gar Milliardenhöhe von einzelnen Bundesländern in andere vorsieht.

Laut Artikel 79 des Grundgesetzes darf der Föderalismus in der Bundesrepublik im Übrigen zwar reformiert, nicht aber abgeschafft werden. Dies wäre nur dann möglich, wenn die Bundesrepublik aufhört zu existieren und ein neuer Staat gegründet wird.

■ Politische Macht und Selbständigkeit der Bundesländer

Im Gegensatz zu vielen anderen föderalistischen Ländern haben die deutschen Bundesländer das Recht, im Ausland offizielle Repräsentanzen, also im Prinzip inoffizielle Botschaften, zu eröffnen. Bayern ist bei Auslandsdependancen das fleißigste, wenn auch keineswegs das einzige Bundesland. Der Freistaat unterhält beispielsweise etwa dreißig solcher Repräsentanzen als eine Art Showroom ihres Bundeslandes an strategisch wichtigen Orten, um die Geschäftsanbahnung bayrischer Firmen zu erleichtern. Zu den Regionen, in denen diese Repräsentanzen zu finden sind, zählen gegenwärtig Ho-Chi-Minh-Stadt in Vietnam, Afrika ist durch Johannesburg vertreten, Osteuropa durch Prag oder die Golfregion durch Abu Dhabi. Darüber hinaus existieren Standorte in China und Japan.

In Deutschland haben die 16 Bundesländer in gewissem Umfang das Recht, ihre eigene Politik zu betreiben, die der des Bundes jedoch nicht widersprechen darf. So haben die einzelnen Länder ihre eigenen Länderverfassungen, ihre eigenen Landesverwaltungen und ihre eigenen Landesregierungen, die vom jeweiligen Ministerpräsidenten des Landes geführt werden. Außerdem genießen die Länder gewisse Hoheitsrechte, die im Artikel 30 des Grundgesetzes geregelte Kulturhoheit der Länder, in denen ihre Entscheidungen vom Bund akzeptiert werden müssen. Dies ist insbesondere der Fall bei der Bildung, dem Schul- und Hochschulwesen, bei Rundfunk, Fernsehen und Kunst, bei der Landespolizei sowie bei der Rekrutierung, Ausbildung und Bezahlung von Beamten. Außerdem haben die deutschen Bundesländer ein gerütteltes Maß an

Mitbestimmung bei allen Bundesgesetzen, die sie betreffen, denn diesen Gesetzen muss zunächst neben dem Bundestag auch der Bundesrat, die zweite Kammer des Parlamentes, mehrheitlich zustimmen. Je nach Einwohnerzahl haben die Länder zwischen drei und sechs Stimmen im Bundesrat. Jedes Land muss geschlossen für oder gegen Gesetzesvorlagen stimmen oder sich der Stimme enthalten. Die Länder können im Bundesrat so Veränderungen von Gesetzen erzwingen oder diese sogar zu Fall bringen.

■ Die Stärken des Systems

Zuvörderst könnte man die hohe Stabilität des föderalen Systems mit einer wohl austarierten Gewaltenteilung nennen: Seit Bestehen der Bundesrepublik hat sich gezeigt, dass aus den Fehlern, die für das Scheitern der Weimarer Republik ursächlich waren, gelernt wurde. Der Föderalismus ist in Deutschland so geschaffen, dass nahezu alle staatlichen Ebenen bei allen weitreichenden politischen Entscheidungen zusammenarbeiten müssen. So entsteht im Idealfall ein positiver Ideenwettbewerb zwischen den staatlichen Ebenen und auch den einzelnen Ländern. Darüber hinaus verpflichtet diese Form der Entscheidung zu einem hohen Maß an Konsens, sodass die Gefahr einer Annullierung der getroffenen Entscheidungen bei etwaigen Regierungswechseln schwindet. Dies sorgt sowohl für ein erhebliches Maß an politischer Stabilität sowie Planungssicherheit für Unternehmen als auch für die Bürger. Gerade die Bürgernähe scheint allerorten wieder stärker in den Mittelpunkt des Interesses zu rücken. Außerdem wird so das Entstehen eines übermächtigen Zentralstaates, der hauptsächlich seine eigenen Interessen vertritt, ebenso vermieden wie eigenbrötlerische Kleinstaaterei.

Den Föderalismus kann man im germanischen Kulturkreis durchaus als ein tradiertes Konzept bezeichnen, das sich in seinen unterschiedlichen Ausprägungen zumindest seit dem Zweiten Weltkrieg bewährt hat. Während der österreichische Föderalismus in weiten Teilen mit dem deutschen Föderalismus vergleichbar ist, setzt die Schweiz mit ihrer direkten Demokratie innerhalb des föderalen Systems andere Schwerpunkte, die sich jedoch als praktikabel erwiesen haben. Auch für große Länder scheint ein Zentralstaat nicht unbedingt ein Vorteil zu sein: So stützen sich mit den USA und Indien zwei flächenmäßig riesige Staaten auf ein föderales System, um so zu gewährleisten, dass demokratische Entscheidungen nicht aus fernen Zentren über die Köpfe der Menschen hinweggetroffen werden. Selbst Frankreich, der Zentralstaat *par excellence*, versucht seit Jahren, den Regionen im Interesse der Bürger, Unternehmer und nicht zuletzt aus Kostengründen mehr Autonomie zu gewähren und mit dem unflexiblen, in der heutigen Zeit wenig konkurrenzfähigen Pariser Zentralismus aufzuräumen.

Da die Länder nur sehr beschränkt finanzielle Einnahmerecht haben, sorgt ein finanzieller Ausgleich, den die einzelnen Bundesländer leisten, für fiskalische Stabilität und verpflichtet alle Länder, in gewissem Maße solidarisch zusammenzuarbeiten.

■ Die Hauptkritik am Föderalismus

Es liegt auf der Hand, dass kein System auf dieser Welt frei von Schwächen und Fehlern ist, daher ruft das Föderalismus-Konzept, auf dem die Bundesrepublik fußt, berechnete Kritik auf sich.

Ein Schwachpunkt des Föderalismus ergibt sich aus dem Wahlverhalten der Wähler, die die Regierungsparteien bei nachfolgenden Landtagswahlen oftmals für ihre Politik abstrafen, sodass die Oppositionsparteien diese Wahlen gewinnen. Diese können dann die Bundesregierung über den Bundesrat in allerlei Fällen blockieren. Für die Bevölkerung ist dieses Schauspiel zumeist unappetitlich, wenn sie sehen, dass es unterschiedliche Koalitionen in den Landtagen gibt, die aus Parteien bestehen, die sich im Bundestag als Gegner gegenüberstehen. Diese Tatsache trägt weder zur Transparenz noch zur Glaubwürdigkeit der Parteien bei, die hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt scheinen. Stattdessen kommt es zu einem Bumerang-Effekt.

Die Kooperation von Bundestag und Bundesrat funktioniert allerdings erstaunlich gut, denn weniger als 3% aller Gesetze pro Legislaturperiode scheitern am Einspruch des Bundesrates. Allerdings kostet es deutlich länger Zeit, die Gesetzesvorlagen unter Zuhilfenahme des Vermittlungsausschusses erfolgreich durch beide Kammern zu bringen.

■ Reformversuche

Schon 1976 legte eine Kommission zur Verfassungsreform der Politik Vorschläge vor, wie der Föderalismus zu verbessern wäre. Getan hat sich in dieser Hinsicht jedoch lange nicht viel. Erst im Jahre 2006 stimmten Bundestag und Bundesrat der Föderalismusreform I mit der notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit zu. Einerseits sollten die durch den Bundesrat zustimmungspflichtigen Gesetze von 60% auf 35% sinken, sodass viele Gesetzesvorhaben sich eklatant beschleunigen. Dafür bekamen die Länder andererseits jedoch deutlich mehr Kompetenzen beim Strafrecht, der Gesundheitspolitik des Landes, beim Beamtenrecht, Versammlungsrecht oder Umweltrecht. So wurden die Kompetenzen des Bundes und der Länder, die oftmals miteinander in Konkurrenz standen, klar zugeordnet. Die Föderalismusreform II von 2009 modernisieren die Bund-Länder-Beziehungen auf der Finanzebene. Dabei ging es hauptsächlich um Entbürokratisierung und Effizienzsteigerung sowie ein Quasi-Verbot für Bund und Länder, einen unausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Ab 2020 darf sich der Bund nur mit maximal 0,35% verschulden, die Bundesländer überhaupt nicht mehr.

Im Jahre 2019 forderte Bayerns neuer Ministerpräsident Markus Söder (CSU) eine Stärkung der Landesverwaltung gegenüber der Bundesverwaltung, da ihm die schleichende Abwanderung von Kompetenzen an den Bund, besonders im Zuge des Digitalpaktes, bei dem der Bund für die fünf Milliarden Euro an Investitionen ein Mitspracherecht bekommt, sind ihm ein Dorn im Auge. So ist auch in naher Zukunft noch nicht das letzte Wort bei der Reform des Föderalismus gesprochen.



Vokabular

der Spätzünder (-) : *le retardataire* ▪ der Flickenteppich (-e) : *la mosaïque* ▪ das Fürstentum (ü-er) : *la principauté* ▪ das Bündnis (-se) : *l'alliance* ▪ Zölle erheben (e, o, o) : *percevoir des droits de douane* ▪ das Heilige Römische Reich : *Le Saint Empire Romain* ▪ das Zwitterwesen (-) : *la structure hybride* ▪ der Staatenbund (-e) : *la confédération* ▪ der Bundesstaat (-en) : *l'État fédéral* ▪ das Sagen haben : *donner le ton* ▪ verschleiern : *masquer, cacher* ▪ zum Beitritt bewegen : *faire adhérer* ▪ für den allgemeingültigen Rahmen sorgen : *fournir le cadre général* ▪ aus der Asche entstehen (e, a, a) : *naître des ruines* ▪ die gemeinsame Verfassung : *la constitution commune* ▪ die Einheit (Sg.) : *l'unité* ▪ Gesetzen unterworfen sein : *être soumis à des lois* ▪ es müssen gleichwertige Lebensverhältnisse herrschen : *des conditions de vie équivalentes doivent être assurées* ▪ verringern : *réduire* ▪ abschaffen : *abolir* ▪ der Freistaat (-en) : *l'État libre* ▪ in gewissem Umfang : *dans une certaine proportion* ▪ die Hoheitsrechte (Pl.) : *les droits de souveraineté* ▪ die Kulturhoheit (Sg.) : *la souveraineté dans le domaine culturel* ▪ ein gerütteltes Maß an Mitbestimmung : *un très grand degré de participation* ▪ sich der Stimme enthalten (ä, ie, a) : *s'abstenir de* ▪ zuvörderst : *premièrement* ▪ die wohl austarierte Gewaltenteilung : *la séparation des pouvoirs subtilement équilibrée* ▪ zu einem hohen Maß an Konsens verpflichtet sein : *être très obligé de trouver un consensus* ▪ die Bürgernähe (Sg.) : *le fait d'être à l'écoute des citoyens* ▪ andere Schwerpunkte setzen : *fixer d'autres priorités* ▪ etwas (AKK) gewährleisten : *garantir qc* ▪ Entscheidungen über die Köpfe der Menschen hinwegtreffen (i, a, o) : *prendre des décisions sans consulter qn* ▪ mit einer Sache (DAT) aufräumen : *en finir avec qc* ▪ (AKK) für etwas (AKK) abstrafen : *infliger une sanction à qn pour qc* ▪ die Glaubwürdigkeit (Sg.) : *la crédibilité* ▪ sie sind hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt : *ils sont principalement occupés d'eux-mêmes* ▪ es hat sich nicht viel getan : *il ne s'est pas passé grand-chose* ▪ in dieser Hinsicht : *à cet égard* ▪ einen unausgeglichenen Haushalt vorlegen : *présenter un budget en déséquilibre* ▪ schleichend : *rampant*

Aufgaben



I. Füllen Sie die Lücken im Text unten zum Thema „Geschichte des Föderalismus“.

Preußen ▪ Kleinstaaten ▪ Zölle ▪ Staatenbund ▪ Bundesstaates ▪ Nationalstaaten
 ▪ Österreich ▪ Beitritt ▪ Föderalismus ▪ Flickenteppich
 ▪ Rechten ▪ Weimarer Republik

Während andere Länder schon längst zu geworden waren, bestand der deutschsprachige Raum aus einem aus mehr oder minder wichtigen, die sich eine ganze Reihe von erkämpft hatten, wie beispielsweise ihre eigene Währung oder ihre eigenen Erst ab 1815 entstand zumindest ein auf deutschem Boden, der Deutsche Bund. Als nach dem deutsch-österreichischen Krieg aus dem Deutschen

Bund ausschied, behieltim Norddeutschen Bund die Zügel in der Hand. Seit dieser Zeit setzte sich auf deutschem Boden das Modell eines durch, das auch in der ab 1918 Bestand haben sollte. Unter den Nazis verschwand derwieder aus Deutschland und kam erst mit der Gründung der Bundesrepublik zurück. Derder DDR zur Bundesrepublik wurde durch die föderalen Strukturen erheblich erleichtert.

II. Verständnisfragen

1. Was charakterisiert einen föderalen Bundesstaat?
2. Beschreiben Sie den Grundgedanken eines föderalen Bundesstaates
3. Machen Sie eine kurze Liste an Rechten, die der Föderalismus den Bundesländern gewährt.

III. Welche der unteren Aussagen sind richtig, welche falsch (ab „Stärken“)

- | | R | F |
|---|--------------------------|--------------------------|
| 1. Der Föderalismus garantiert in Deutschland ein hohes Maß an politischer Stabilität, da er stark auf die Kompromissbereitschaft aller Beteiligten setzt. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 2. Ein Vorteil ist, dass ein föderales System dem Bürger das Gefühl gibt, Entscheidungen würden nicht nur in der fernen Hauptstadt getroffen. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 3. Gerade in großen Ländern hat sich der Föderalismus weltweit bewährt. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 4. Die deutschen Wähler trennen in ihrem Wahlverhalten klar zwischen Landtagswahlen und Bundestagswahlen. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 5. Der Bundesrat blockiert ein Drittel aller vom Bundestag beschlossenen Gesetze. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 6. Schon in den 1970er Jahren wurde der Föderalismus in Deutschland so reformiert, dass die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern endlich klar festgelegt wurden. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 7. Die Föderalismusreform von 2009 hatte zum Ziel, eine Schuldenbremse für die Bundesländer ab 2020 einzuführen. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 8. Die CSU fordert seit langem eine noch größere Stärkung der Rechte des Bundes, damit Gesetze schneller beschlossen werden können. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

Baden-Württemberg: grüne Regierung im Land der Autobauer

Fiche 2

Das einzige Bundesland, das jemals durch einen Volksentscheid in der Bundesrepublik zustande kam, bezeichnet sich gerne selbst als einen „Glücksfall der Geschichte“. Dieses Bonmot stammt von Theodor Heuss, dem früheren Bundespräsidenten.

■ Eine bewegte Geschichte im Herzen Europas

Baden-Württemberg kann auf eine bewegte Geschichte zurückblicken. In grauer Vorzeit tummelten sich hier die Römer und die Alemannen in der Provinz Germanien, die jedoch nicht dauerhaft in römischer Hand blieb, da es den Germanen bisweilen gelang, den Feind zurückzuschlagen. Dennoch spielten die Römer hier jahrhundertlang eine große Rolle. Sie gründeten und befestigten Städte, bauten Verkehrswege und Straßen und trieben in Friedenszeiten Handel mit den Germanen.

Im frühen Mittelalter gehörte der nördliche Teil des heutigen Baden-Württembergs zum Frankenreich, nur die südlichen Gebiete blieben unter alemannischer Herrschaft. Im Hochmittelalter war Baden-Württemberg im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Aufgrund seiner zentralen Stellung lag es an wichtigen Fernhandelsrouten, sodass es zu zahlreichen Stadtgründungen kam. Ab dem 13. Jahrhundert wurde die Zentralmacht der deutschen Kaiser gegenüber den Landesfürsten so schwach, dass es zu einer territorialen Zersplitterung in freie Reichsstädte, Fürstenstaaten und Bistümern kam. Diese Kleinstaaterei dauerte ebenso an wie die Kampfhandlungen in der Region während dem Dreißigjährigen Krieg von 1618 bis 1638, von denen sich das Gebiet nur sehr langsam erholte. Spanier, Schweden, kaiserliche und französische Truppen zerstörten das Land mehrfach.

Nach 1806, dem Ende des Heiligen Römischen Reiches, lagen noch 300 autonome Staaten auf dem Gebiet des heutigen Baden-Württembergs. Durch zahlreiche Revolutionen bleiben am Ende nur vier Staaten übrig. 1866 kämpften Baden und Württemberg auf der Seite Österreichs gegen Preußen. 1871 schlossen sie sich dann doch Preußen an, um fortan im Deutschen Kaiserreich aufzugehen. Nach dem Zweiten Weltkrieg bekamen die US-Amerikaner den nördlichen Teil des heutigen Baden-Württembergs und die Franzosen den südlichen Teil. Als 1949 die Bundesrepublik gegründet wurde, sollte eine Volksabstimmung Klarheit über eine Fusion der drei verbliebenen südwestdeutschen Gebiete bringen. Nach heftigen Debatten bekamen die Anhänger der Bildung eines Südweststaates eine hauchdünne Mehrheit, sodass das Land Baden-Württemberg 1952 gegründet wurde.

■ Mit Volldampf in die Zukunft?

Die Argumente, die zu der Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes aus den Gebieten Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern vollzogen wurde, fußten auf drei Argumenten: dieser Zusammenschluss sollte einerseits einen starken, gemeinsamen Wirtschaftsmarkt zur Folge haben, andererseits die Verwaltung Südwestdeutschlands erleichtern und dem Gebiet so mehr Macht im Gefüge der neuen Bundesrepublik geben. Tatsächlich kann man feststellen, dass diese Absicht in die Tat umgesetzt werden konnte. Zur Zeit der Industriellen Revolution war der Fortschritt in dieser territorial äußerst zersplitterten Region nur sehr, sehr langsam vorangekommen.

Dies änderte sich nach dem Zweiten Weltkrieg enorm: Seit dem Zusammenschluss hat sich die Bevölkerung auf etwas mehr als 11 Millionen Einwohner nahezu verdoppelt, daher ist das Land das drittstärkste Bundesland gemessen, an der Einwohnerzahl. Das liegt unter anderem daran, dass Baden-Württemberg neben Bayern zu den wirtschaftsstärksten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsstandorten in Deutschland gehört. 2018 erwirtschaftete das Land die stattliche Summe von über 500 Milliarden Euro als BIP, die Arbeitslosenquote lag bei 3,2 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit sogar nur bei 2,5 Prozent. Die Arbeitnehmer verdienen im Land der Autobauer und der Hochtechnologie gutes Geld. Im Jahre 2018 waren es im Schnitt mehr als 46.000€ pro Jahr. Beim BIP pro Erwerbstätigen liegt Baden-Württemberg deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt, jedoch hinter Hamburg, Hessen und Bayern auf dem vierten Platz. Im Ranking der Geberländer beim solidarischen Länderfinanzausgleich belegt das Land hinter Bayern Rang zwei.

Baden-Württemberg ist ein seit Jahrzehnten gut geführtes, erfolgreiches Land, wie auch andere, nicht-ökonomische Daten belegen. Nur 6,3% der Jugendlichen verlassen die Schule ohne jeden Abschluss, dafür schaffen mehr als 42% die allgemeine Hochschulreife, sprich das Abitur. An den Universitäten des Landes studieren über 250.000 Studenten. Knapp 3,8 Millionen Bürger waren 2018 in Sportvereinen eingeschrieben.

Dennoch drehten zuletzt auch einige Parameter auf gelb: Beim Wirtschaftswachstum verlor die exportorientierte Wirtschaft des Landes angesichts des bevorstehenden Brexits, dem Handelskrieg zwischen den USA und China und der sich damit eintrübenden Weltkonjunktur an Boden. Nach 2,8% 2017 sank das Wirtschaftswachstum im Jahr 2018 auf nur 1,5%, was immer noch knapp über dem Bundesdurchschnitt liegt. Allerdings ist das Land eigentlich keine Mittelplätze bei der Wirtschaft gewohnt. Einige Probleme sind zudem hausgemacht: so stieg zwar die Zahl der in Baden-Württemberg angemeldeten Patente um 2,2%, der Zuwachs in Bayern und NRW fiel jedoch fast doppelt, im Falle Bayerns gar viermal so stark aus, sodass das südwestliche Bundesland lediglich auf den dritten Platz kam. Daher hat das Land im bundesweiten Vergleich doch deutlich an Innovationskraft eingebüßt, obwohl es mit seinen Forschungsausgaben von knapp 5% des BIP die Region in Europa ist, die am meisten in die Forschung investiert, unter anderem in die Zukunftssparten nachhaltige